

**Dr. Thomas de Maizière**, Bundesminister des Innern:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem Castortransport gelten meine ersten Worte unserer Polizei. Allen Polizisten, denen der Bundespolizei und denen der Landespolizeien, danke ich für ihren kräftezehrenden Einsatz. Sie hatten einen gesetzlichen Auftrag, und sie haben ihn besonnen und konsequent erfüllt. Sie wurden beschimpft, bespuckt und angegriffen, aber sie haben sich dadurch nicht aus der Ruhe bringen lassen. Ihnen allen gelten der Dank und die Anerkennung der Bundesregierung, mein persönlicher Dank und mein Respekt für ihren Einsatz und für ihr Augenmaß, mit dem sie diese kritischen Situationen gemeistert haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es waren übrigens auch Polizisten aus sozialdemokratisch regierten Ländern dabei.

(Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch Grüne sind bei der Polizei!)

Einige Bemerkungen zu den Kosten. Der ehemalige Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Gerhard Schröder, hat am 26. April 2001 einen Brief an den damaligen Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen, Sigmar Gabriel, gerichtet, der in zweierlei Hinsicht interessant ist. Die erste Passage, die ich vorlese, lautet: Das Land Niedersachsen trägt alleine die mit der Rückführung der Glaskokillen verbundenen besonderen Belastungen. Gorleben wird auf absehbare Zeit das einzige Zwischenlager für die Glaskokillen bleiben. Die Bundesrepublik Deutschland ist völkerrechtlich zur Rücknahme der Glaskokillen aus der

Wiederaufbereitung im Ausland verpflichtet. Deshalb sind Castortransporte nach Gorleben weiterhin notwendig. - Das war die erste Aussage.

(Ulrich Kelber (SPD): Stimmt auch!)

- Sie sagen, dass das alles stimmt. Ich bin froh, dass wir hier einen Konsens haben. Darauf kommen wir sicher zurück.

Ich zitiere weiter: Vor diesem Hintergrund wird der Bund ohne die Anerkennung von Rechtspflichten den Anspruch auf die Erstattung der einsatzbedingten Mehrkosten des Bundesgrenzschutzes nicht geltend machen. - Das galt und gilt bis heute. Der Bund wird dem Land Niedersachsen keine Rechnung schicken.

(Dr. Matthias Miersch (SPD): Das ist ja noch besser!

Dann beantworten Sie die Frage Ihres  
Ministerpräsidenten!)

- Ich denke, das ist eine Information, die für das Land Niedersachsen nicht irrelevant ist. Sie wird es freuen.

(Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was sagt  
den Herr Schünemann dazu? - Kirsten Lühmann (SPD):  
Und Herr McAllister?)

Jetzt ein paar politische Bemerkungen, zuerst zu Herrn Gabriel, der damals Ministerpräsident war. Herr Gabriel hat gestern gesagt - ich habe das als Anerkennung verstanden -, es gebe eine neue Qualität des Widerstandes.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nicht Quantität, sondern Qualität! Was meint er damit? Meint er damit, dass Polizisten bespuckt und beschimpft werden?

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meint er damit, dass Polizisten und Wasserwerfer mittels Pyrotechnik und anderer gefährlicher Gegenstände angegriffen werden? Meint er damit, dass im Bereich Leitstade Beamte angegriffen werden, dass das Einsatzfahrzeug in Brand gesetzt wird und dass die Beamten in Lebensgefahr gebracht werden? Meint er damit, dass ein Polizeibeamter durch einen Schlag mit einem Ast in den Kopf-Nacken-Bereich schwer verletzt wurde?

(Sebastian Edathy (SPD): Wollen Sie ihm das ernsthaft unterstellen?)

Er liegt jetzt mit Verdacht auf Gehirnerschütterung oder Gehirnerschütterung im Krankenhaus.

Meint er damit, dass durch Ankettaktionen weitab von Lüneburg - zum Teil deutschlandweit - die Bahnstrecken stillgelegt wurden? Meint er damit, dass Signalverbindungen zerstört wurden mit der Folge, dass Fahrten auf Sicht notwendig waren, die eine erhebliche Gefährdung für den Bahnverkehr und einen großen Zeitverlust mit sich brachten? Oder meint er damit, dass frühzeitig Straßen unterhöhlt wurden, sowie das Anrennen von Störern gegen die Bahnstrecken zwecks Schotterversuchen?

Die Qualität, die er meint, kann sich nicht auf die Zahl der Demonstranten beziehen, sondern auf ein anderes Vorgehen der Demonstranten.

(Zuruf von der SPD: Sie sollten sich schämen!)

Deswegen ist die Anerkennung einer solchen Qualität von Demonstrationen unerhört und, wie ich finde, falsch.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Christian Lange (Backnang) (SPD): Schämen Sie sich! - Kirsten Lüthmann (SPD): Lesen Sie die Berichte Ihrer Polizei!)

Jetzt komme ich zu den Linken. Wissen Sie, was ich hier in der Hand halte? - Das ist ein Auszug eines Internetaufrufs. Darin heißt es - ich zitiere -:

Castor Schottern? Wir machen mit! Damit Castor Schottern ein Erfolg wird, wollen wir viele werden. Unterstützt mit Eurem ... Namen die Aktion und unterzeichnet die Absichtserklärung von Castor Schottern.

Das ist ein Aufruf zu einer Straftat. Unterzeichnet wurde er von elf Abgeordneten dieses Hauses von der Fraktion der Linken.

(Zurufe von der CDU/CSU: Unglaublich!)

Ich finde, da hört es auf. Welches demokratische Verständnis haben Bundestagsabgeordnete dieses Hauses, wenn sie andere zu einer Straftat aufrufen?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Jetzt komme ich zu Frau Roth. Frau Roth hat der *Süddeutschen Zeitung* gesagt: „Die Polizei muss das Demonstrationsrecht schützen und nicht behindern.“ Wo ist denn der Anlass für diesen Satz? Andere aus dem grünen Bereich haben beide Seiten zur Gewaltlosigkeit aufgefordert. Was soll denn diese Gleichsetzung? Als ob irgendein Polizist, der eine Demonstration schützt, die Absicht hat, Gewalt anzuwenden! Die Strategie

der Polizei ist deeskalativ. Sie reagiert auf die Gewalt von anderen. Eine gleichzeitige Aufforderung an Polizei und Demonstranten, keine Gewalt anzuwenden, weise ich für die deutsche Polizei zurück.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Trittin, Sie haben 2001 inständig darum gebeten, den Atommülltransporter passieren zu lassen. Ich zitiere:

Nur weil jemand seinen Hintern auf die Straße setzt,  
finden wir das noch nicht richtig.

Das haben Sie als Umweltminister am 28. Januar 2001 an die niedersächsischen Kreisverbände der Grünen geschrieben. Die Voraussetzungen für den Transport seien politisch und rechtlich gegeben. Offenbar sind für die Grünen Castortransporte nur dann gut, wenn sie in der Regierung sind. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Jürgen Trittin  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was ist jetzt?)

Nun sagen manche - das ist meines Erachtens der entscheidende Punkt, und das werde ich auch gegenüber dem Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei ansprechen -, wegen der Laufzeitverlängerung habe die Bundesregierung diese Demonstrationen quasi provoziert.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wer so etwas beschließe, dürfe sich nicht wundern, wenn Demonstrationen auf der Straße eskalierten. Ich sage Ihnen dazu Folgendes - das ist für mich ein sehr wichtiger und ernster Punkt -: Man kann zur Laufzeitverlängerung stehen wie man will,

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Eben nicht!)

aber eine solche Argumentation beschädigt die parlamentarische Demokratie und verletzt die Würde des Parlaments.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ein Parlament hat das Recht, etwas Streitiges zu beschließen. Eine Opposition hat das Recht, dagegen hart und laut zu opponieren.

(Ulrich Kelber (SPD): Meinungsfreiheit!)

- Hören Sie einen Moment zu! - Demonstranten haben das Recht, dagegen so zahlreich und so intensiv, wie sie es schaffen und wollen, zu demonstrieren und das im Grundgesetz verankerte Grundrecht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln, auszuüben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Kirsten Lühmann (SPD): So war es auch!)

Das ist alles wahr. Darin sind wir uns einig. Aber eine Opposition und Demonstranten haben politisch nicht das Recht, gegen eine demokratische Entscheidung zum zivilen Ungehorsam aufzurufen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das ist nicht in Ordnung. Die Straße hat keine höhere demokratische Legitimation als Parlament und Gesetz.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Polizei sollte und muss von allen - wo immer sie politisch stehen - in Schutz genommen werden, wenn sie das Recht durchsetzt und das Demonstrationsrecht friedlicher und rechtstreuer Demonstranten schützt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Ulrich Kelber  
(SPD): Die Rede hätte man auch vor Hundert Jahren  
halten können!)